

Swiss-Bashing im Europaparlament

Eine Anhörung im EU-Parlament sollte die Beziehungen der EU mit der Schweiz in Steuersachen und beim Kampf gegen die Geldwäscherei erhellen. Sie geriet zu einem Rundschlag.

René Höltschi, Brüssel 2.10.2018, 04:43 Uhr

Geht es um Steuerflucht und Geldwäscherei, ist der Ruf der Schweiz im Ausland noch immer angeschlagen. Dies hat sich am Montagabend anlässlich einer Anhörung des Sonderausschusses des EU-Parlaments für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung in Strassburg gezeigt. Das seit März tätige Gremium ist der mittlerweile vierte Ausschuss mit ähnlicher Thematik; den ersten hatte das Parlament in Reaktion auf die Luxleaks-Affaire eingesetzt. Neben der Lage innerhalb der EU haben diese Ausschüsse wiederholt auch Drittländer und insbesondere die Schweiz ins Visier genommen. Am Montag ging es um die Beziehungen der EU mit der Schweiz in Steuersachen und bei der Bekämpfung der Geldwäscherei.

Automatischer Informationsaustausch hat begonnen

Zum einen hatte der Ausschuss einen Vertreter der für Steuerfragen zuständigen Generaldirektion der EU-Kommission eingeladen, zum anderen Rudolf Elmer, Schweizer Whistleblower und ehemaliger Angestellter der Bank Julius Bär, sowie Andreas Frank, deutscher Anti-Geldwäscherei-Experte und ehemaliger Banker. Die «offizielle» Schweiz hingegen hatten die Abgeordneten nicht hinzugebeten.



Rudolf Elmer, früherer Angestellter der Bank Julius Bär und Whistleblower, im August 2016 in Zürich. Der Sonderausschuss des EU-Parlaments für Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung hat ihn am 1. Oktober zur Anhörung über die Situation der Schweizer Banken nach Brüssel eingeladen. (Bild: Arnd Wiegmann / Reuters)

Der Vertreter der EU-Kommission, Dieter Kischel, erklärte einleitend, die EU habe bezüglich direkter Steuern in zwei Bereichen «spezielle Beziehungen» mit der Schweiz: Zum einen über das Abkommen von 2015 über die Verwaltungszusammenarbeit beziehungsweise den automatischen Informationsaustausch (AIA), zum anderen im Bereich des «schädlichen Steuerwettbewerbs». Auf Basis des AIA-Abkommens erheben die Schweiz und die EU-Staaten seit 2017 Kontodaten und tauschen diese seit diesem Jahr gegenseitig aus. Ein erster Austausch habe im September stattgefunden und es habe sich gezeigt, dass das System funktioniere, sagte Kischel. Für eine Beurteilung der Qualität der Daten sei es jedoch noch zu früh.

Warten auf die Steuerreform

Bezüglich des schädlichen Steuerwettbewerbs bei der Unternehmensbesteuerung erläuterte Kischel die Vereinbarung von 2014, in der die Schweiz der EU die Abschaffung von fünf Steuerregimen zugesagt hat, die nach Definitionen von EU und OECD als schädliche Steuerpraktiken gelten. Einem zweiten Anlauf zur Umsetzung dieses



Online

NZZ Neue Zürcher Zeitung
8021 Zürich
044/ 258 11 11
www.nzz.ch

Medienart: Internet
Medientyp: Tages- und Wochenpresse
UUpM: 1'518'000
Page Visits: 13'543'007

Auftrag: 3005691
Themen-Nr.: 220.104

Referenz: 71093551
Ausschnitt Seite: 2/2

Versprechens hat das Schweizer Parlament (im Rahmen des Steuer-AHV-Pakets) vergangenen Freitag zugestimmt. Inhaltlich wollte sich Kischel dazu noch nicht äussern. Die Kommission warte derzeit auf die offizielle Information durch die Schweizer Regierung und werde dann den definitiven Text analysieren. Auf Basis ihrer Einschätzung werde das zuständige Gremium der Mitgliedstaaten Anfang nächsten Jahres über allfällige Änderungen auf den EU-Listen der Steueroasen entscheiden.

Die Schweiz steht derzeit auf einer «grauen» Liste von Drittstaaten, die Korrekturen ihrer Steuerregime zugesagt haben. Wer diese Versprechen nicht bis Ende 2018 einlöst, droht auf die schwarze Liste der nichtkooperativen Drittstaaten zu rücken. Allerdings ist in der Schweiz ein Referendum gegen das Steuer-AHV-Paket wahrscheinlich. Kommt es zustande, wird das Vorhaben wohl erst im Mai 2019 dem Volk zur Abstimmung vorgelegt. Wie die EU auf diesen Aufschub reagieren würde, sagte Kischel nicht; er wurde auch nicht danach gefragt.

Rundumschläge der Experten

In einem gewissen Kontrast zu den nüchtern-zurückhaltenden Ausführungen des Kommissionsvertreters standen die Auftritte von Elmer und Frank. Beide erhoben eine Vielzahl teils schwerer Vorwürfe gegen die Schweiz. Elmer beklagte etwa den fehlenden gesetzlichen Schutz von Whistleblowern im privaten Sektor. Diese würden den sozialen, finanziellen und beruflichen «Tod» riskieren. Untersuchungen im Finanzbereich würden systematisch «zurückgedreht», mit «schmutzigen Deals» eingestellt oder gar nicht erst aufgenommen; allfällige Strafen fielen milde aus. An der Unternehmenssteuer-Reform kritisierte Elmer, dass die abzuschaffenden Steuerregime durch neue Mechanismen wie die Patentbox ersetzt würden.

In eine ähnliche Kerbe hieb Frank. Er warf der Schweiz Rosinenpickerei und eine Verzögerungsstrategie beim Rahmenvertrag und der Unternehmenssteuerreform vor. Das Land sei bekannt für gebrochene Versprechen und bleibe die Mutter aller Steueroasen, Offshore-Konstrukte und schädlicher Geheimhaltungssysteme. Die (für die Geldwäscherei-Bekämpfung) zuständigen Behörden würden und sollten nicht funktionieren.

Da der Ausschuss weder Vertreter der Schweiz noch ihrer Finanzbranche eingeladen hatte, blieben die thematisch breiten, aber wenig tiefgehenden Rundumschläge der beiden Redner unbeantwortet. Für Nachfragen blieb wenig Zeit und sie brachten kaum mehr Klarheit. Direkte Auswirkungen hat die Anhörung kaum, sie wird allenfalls in einen späteren Bericht des Ausschusses einfließen.

Nicht unterschätzen sollte man aber den Einfluss solcher Veranstaltungen auf die Stimmung gegenüber der Schweiz. So zeigten sich mehrere Abgeordnete überrascht oder gar schockiert über das Gehörte. Wolf Klinz etwa, ein deutscher Liberaler, wies zwar darauf hin, dass es bei den diskutierten Themen auch in der EU nicht überall zum Besten stehe. Gleichzeitig regte er aber an, gegenüber der Schweiz die bilateralen Verträge als Hebel einzusetzen: Die EU solle drohen, diese ausser Kraft zu setzen, wenn nicht bis zu einem bestimmten Termin eine Verbesserung eintrete. Alles andere werde wohl nichts nützen.

Sie können dem Brüsseler Korrespondenten René Höltschi auf Twitter folgen.